

Einleitung

1. Deutschland im Spannungsfeld zwischen Ost und West

Schon vor Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949, die der Bildung der ersten Bundesregierung unter Konrad Adenauer vom 20. September 1949 folgte, endete die Zusammenarbeit der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die Alliierten konnten sich nicht darüber verständigen, was Deutschland als Ganzes zukünftig sein sollte, bzw. sein könnte und vollzogen deshalb seine Spaltung.

So entstanden - im Ergebnis des von den Nationalsozialisten entfachten Weltkrieges und der Verbrechen an Millionen Menschen jüdischen Glaubens - zwei diametral entgegengesetzte Staats- und Gesellschaftsordnungen auf deutschem Boden, die der intellektuelle Liedermacher und Schriftsteller Wolf Biermann einmal sehr eindrucksvoll in die Worte kleidete: »Mein Vaterland, mein Vaterland, / hat eine Hand aus Feuer, / hat eine Hand aus Schnee, / und wenn wir uns umarmen, / dann tut das Herz mir weh«. ¹

Feuer und Schnee be- und umschreiben anschaulich die jahrzehntelange Tatsache, dass in der Mitte Europas alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede des Ost-West-Gegensatzes aufeinander stießen. Hier waren sie greifbar und vergleichbar; in der Vier-Mächte-Stadt Berlin sogar erlebbar und erfahrbar. Für 20 Pfennig Ost oder West konnte man dort bis zum 13. August 1961 mit der S-Bahn problemlos von der einen in die andere Welt gelangen.



Die deutsche Wirklichkeit selbst war mit der Existenz zweier Staaten so kompliziert, dass Meinungsverschiedenheiten darüber, was zur Lösung dieses Problems national oder international getan werden müsste, unvermeidbar gewesen sind und in der Bundesrepublik oft im Parteienstreit endeten. Festzuhalten bleibt: Die überwiegende Mehrheit der Deutschen konnte und wollte sich mit der Teilung nicht abfinden. Der Wille zur Einheit in Freiheit war in den ersten Nachkriegsjahren sicher ausgeprägter als nach dem Mauerbau und der später einsetzenden Anerkennung der DDR.

Die Neigung extrem linker und einiger linksliberaler Kreise in den siebziger und achtziger Jahren, den Einheitswunsch als unrealistisch oder Lebenslüge zu bezeichnen, ist in Fernseh- und Rundfunksendungen, in Zeitungsbeiträgen und auf Akademietagungen präsent – aber insgesamt nicht repräsentativ gewesen. Wahr ist aber auch, dass große Teile der 68'er Generation die Einheit der Nation weder vermisst noch angestrebt haben.

Als dann die Grenze geöffnet wurde, nachdem die Ungarn am 11. September 1989 mutig den Eisernen Vorhang beseitigt hatten, die Mauer gefallen, der Stacheldraht niedergerissen und das Brandenburger Tor wieder für alle passierbar war, sprachen viele von einem Wunder, das sie nicht mehr zu erleben glaubten. In den vergangenen 40 Jahren der Teilung einmal daraufhin untersucht werden, welche Faktoren letztlich für den Erhalt der deutschen Nation ausschlaggebend gewesen sind, dann wird man zum einen die Ereignisse um den 17. Juni 1953 nennen müssen. Zum anderen die unter Adenauer (CDU) durchgesetzte Westorientierung der Bundesrepublik, die ihm oft den Vorwurf einbrachte, die Wiedervereinigung gar nicht zu wollen und schließlich die neue Ost- und Deutschlandpolitik unter Willy Brandt (SPD), die seine Kritiker als vorweggenommenen Teilungsvertrag bezeichneten.

Als Adenauer das Amt des Regierungschefs übernommen hatte, sah er drei große Aufgaben vor sich: die Wiedervereinigung Deutschlands, die Aussöhnung mit Frankreich und die Ordnung des Verhältnisses zum jüdischen Volk. Ihm war, wie seine langjährige Mitarbeiterin Anneliese Poppinga festgehalten hat, bewusst, dass ohne das Gelingen der letzten beiden Aufgaben die Erfüllung der ersten kaum möglich sein würde.² In der westlichen Wertordnung hat er die besten Voraussetzungen dafür gesehen und gefunden.

Bundeskanzler Brandt erreichte mit der «Politik der kleinen Schritte», dass die familiären Bande hüben und drüben nicht abbrachen und mit dem Moskauer Vertrag zugleich ein Gewaltverzichtsabkommen, das die Bundesrepublik als einziger NATO-Bündnis-Staat mit der Sowjetunion abschloss.

Erstes, und für die ganze Welt sichtbares Zeichen als Nation zusammen zu gehören und zusammen leben zu wollen, aber waren die dramatischen Ereignisse um den 17. Juni 1953 in Ostberlin und in Städten der DDR, die damals im westlichen Sprachgebrauch Sowjetische Besatzungs-Zone (SBZ) oder Ostzone genannt wurde. Was als Arbeiteraufstand in der Stalinallee begann, mündete in dem Ruf nach freien Wahlen, Beseitigung der SED-Herrschaft und konkreten Maßnahmen zur Wiedervereinigung.

Zu jener Zeit war ich neun Jahre alt. Einige Spielkameraden standen mit mir an der Schnellerstraße in Berlin-Niederschöneweide, als die sowjetischen Panzer, aus dem Wald von Adlershof kommend, an uns vorbei Richtung Innenstadt fuhren. Beeindruckt von den schweren Kettenfahrzeugen und dem Lärm ihrer Motoren, winkten wir den aus ihren Luken schauenden Kommandanten zu, die freundlich zurückwinkten. Erst später erfuhr ich von meinem Vater, der damals als Oberreferent beim stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Otto Nuschke (Ost-CDU), tätig war, dass sie am Potsdamer Platz in die Menge schossen, um so den Aufstand niederzuschlagen. Seitdem habe ich mich mit diesem Datum der deutschen Geschichte beschäftigt. In den von mir in Berlin geleiteten Seminaren zur deutschen Frage, bildeten die »Junitage« neben der sowjetischen Deutschlandpolitik einen Themenschwerpunkt.

Teilnehmer an diesen Tagungen gaben mehrfach die Anregung zu dieser Publikation.